

# DEUTSCHE POLITIK

## ZUR INNENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK IM HERBST 1960

In den letzten Monaten ist eine weitere Verschärfung der Situation Berlins eingetreten. Die — sicher nicht sehr glückliche — Idee, in Berlin westdeutsche Heimkehrer- und Flüchtlingstagungen abzuhalten, gab den Ostberliner Stellen den Vorwand, eine mehrtägige Sperre Ost-Berlins für Bundesbürger zu verhängen. Auch etwa 1000 Personen aus Westdeutschland, die nach Berlin reisen wollten, wurden an den Zonengrenz-Übergangsstellen zurückgewiesen. Es folgte ein Passierscheinzwang für Westdeutsche, die den Ostsektor betreten wollen. Außerdem werden die Pässe der Bundesrepublik von den Ostblockstaaten nicht mehr als gültige Ausweispapiere für Westberliner anerkannt — alles Maßnahmen, um damit den vom Osten angestrebten Status West-Berlins als einer „freien Stadt“ zu präjudizieren.

### *Kündigung des Interzonenhandelsabkommens*

Die Bundesregierung hat zunächst nur unwesentlich reagiert. Inhabern von DDR-Pässen, die die Bundesrepublik oder eines der befreundeten westlichen Länder passieren wollten, wurde die Durchreisegenehmigung verweigert — eine Maßnahme von relativ geringfügigen Auswirkungen. Am 30. September aber erfolgte schließlich ein größerer Schlag: Das Interzonenhandelsabkommen mit der DDR wurde von der Bundesregierung mit Zustimmung von SPD und FDP gekündigt. An der entscheidenden Kabinettsitzung hatten — ein Phänomen in der Bundesrepublik — der Berliner Regierende Bürgermeister *Willy Brandt* und die sozialdemokratischen Parteivorsitzenden *Ollenhauer* und *Wehner*, außerdem der FDP-Vorsitzende *Dr. Mende* teilgenommen. Das war der erste erkennbare Ansatz einer gemeinsamen Außenpolitik von Regierung und Opposition und wurde von Bundeskanzler *Adenauer* unternommen, wenige Tage, nachdem er in der CDU/CSU-Fraktion für den Fall eines Mißerfolges seiner Partei bei der nächsten Bundestagswahl im voraus das „arme deutsche Volk“ bedauert hatte mit der Begründung, daß dann eine Zeit hemmungsloser Experimentiererei beginnen werde. Allein die Tatsache der Heranziehung von *Ollenhauer* und *Wehner* zu einer Kabinettsitzung mußte die bisherige Wahlkampfagitatorik der CDU/CSU stark einschränken.

Die Kündigung des Interzonenhandelsabkommens hat freilich auch Auswirkungen unangenehmer Natur. Das Abkommen ist zwischen dem „Währungsgebiet DM-Ost“ (Sowjetzone plus Ost-Berlin) und dem „Währungsgebiet DM-West“ (Bundesrepublik plus West-Berlin) abgeschlossen. Darin lag immerhin eine Anerkennung der Klammer, die die Bundesrepublik und West-Berlin verbindet, durch die Ostberliner Regierung. Diese Klammer droht mit der Kündigung wegzufallen, womit der östlichen These von der „freien Stadt“ wesentlich entgegengekommen würde. Außerdem ist der Westen in jedem Fall auf den Abschluß eines neuen Interzonenhandelsvertrages angewiesen. Kommt er nicht zustande, so ist die Versorgung West-Berlins auch dann gefährdet, wenn keine neuen Schikanen aus dem Osten unternommen werden.

Der Staatschef der Sowjetzone, *Ulbricht*, hat aber schon erklärt, daß seine Regierung getrennte Verhandlungen mit dem Westberliner Senat und mit der Bonner Regierung über den Warenverkehr führen will. Auch rechnet man damit, daß die sowjetzonalen Machthaber Verhandlungen über die Erneuerung des Abkommens nur auf Regierungsebene führen wollen oder aber sich anderer Tricks bedienen werden, die einer de-facto-Anerkennung der Ostberliner Regierung durch die Bundesregierung gleichkämen. Bisher wurden die Verhandlungen über den Interzonenhandel nur auf mittlerer Ebene über den Hauptabteilungsleiter für innerdeutschen Handel im Außenhandelsministerium der DDR und den Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel in West-Berlin geführt.

Energische Maßnahmen gegen die Pankower Schikanen werden in der Bundesrepublik, in West-Berlin und auch bei den westlichen Verbündeten durchaus für notwendig gehalten. Es gibt allerdings Kreise — und dazu sollen auch die offiziellen amerikanischen Stellen gehören —, die statt der Kündigung des Interzonenhandelsabkommens lieber ein sogenanntes „selektives Warenembargo“ gesehen hätten, das heißt also die schrittweise Beantwortung von neuen Ostberliner Schikanen mit westdeutschen Lieferungserschwerungen und -Verzögerungen (vor allem für Edelmetalle).

Vizekanzler *Ludwig Erhard*, der in Iran weilte, und der ebenfalls verhinderte Minister für Gesamtdeutsche Fragen, *Lemmer*, haben an dieser Kabinettsitzung vom 30. September nicht teilgenommen. Man sagt ihnen aber nach, daß sie, ebenso wie die Minister *Strauß* und *Stücklen*, mit der Kündigung nicht einverstanden gewesen seien. Jedenfalls hatte noch das regierungsamtliche *Bulletin* vom gleichen Tage Erhards Worte gebracht: „Wir unterhalten den Interzonenhandel nur aus einem Grunde: um die Freiheit West-Berlins, den freien Zugang nach Berlin zu sichern ... Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß eine Unterbindung des

Interzonenhandels mit einer Behinderung oder Unterbindung des Berlin-Verkehrs hätte beantwortet werden können.“

### *Sorgen um Frankreich*

Es gibt Versionen, die behaupten, daß auch Frankreichs Haltung die Kündigung des Interzonenhandelsabkommens beeinflußt habe. *De Gaulle* soll Dr. Adenauer haben sagen lassen, er würde es begrüßen, wenn die Bundesregierung der realen Lage in Deutschland stärker Rechnung trage und sich mehr in die Fragen des Verkehrs mit Berlin einschalte. Um de Gaulle integrationsfreudiger zu machen, habe Adenauer dem Ministerpräsidenten *Debre* bei seinem Besuch Anfang Oktober seine Bereitschaft angedeutet, er werde das Faktum DDR und den Status quo Deutschlands stärker berücksichtigen.

Nach der sensationellen Pariser Pressekonferenz vom 5. September, in der Staatspräsident de Gaulle die nationale Selbständigkeit der französischen Armee innerhalb der NATO und statt supranationaler europäischer Behörden eine Konföderation der europäischen Staaten gefordert hatte, hatte in Bonn beträchtliche Unruhe über die Haltung Frankreichs geherrscht. Wieder war das Gespenst eines Frankreichs aufgetaucht, das internationale Politik auf eigene Faust machen und sich gar über den Kopf Deutschlands hinweg mit der Sowjetunion arrangieren könnte. Deshalb wurde der Besuch des französischen Ministerpräsidenten *Debré* in Bonn mit Spannung erwartet. Vorsorglich hatte das amtliche *Bulletin* der Bundesregierung davor gewarnt, von diesem Besuch irgendwelche Resultate zu erwarten. Er solle vielmehr nach zweimonatiger intensiver diplomatischer Tätigkeit der endgültigen Klärung des deutschen und des französischen Standpunktes zur künftigen Zusammenarbeit in der atlantischen Allianz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dienen.

Die Ansichten beider Regierungen über die NATO sind auch nach dem Besuch *Debres* einander entgegengesetzt geblieben. In der Frage der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hatten sich die Standpunkte offenbar angenähert. Grundsätzlich waren sich freilich de Gaulle und Adenauer schon in *Rambouillet* darüber einig geworden, die supranationale Macht des EWG-Präsidenten *Hallstein* einzuschränken. Bei aller Vorliebe des Kanzlers für die supranationalen europäischen Institutionen mögen ihn im Hinblick auf die Bundestagswahl Opportunitätsrücksichten auf die westdeutsche Landwirtschaft zum Nachgeben gegenüber de Gaulle bewogen haben. Ernährungsminister *Schwarz* hat ebenso wie der Deutsche Bauernverband eine Verkürzung der im EWG-Vertrag vorgesehenen Übergangsfristen für die Landwirtschaft abgelehnt und sich auch gegen die Übertragung von Rechten an die supra-

nationalen Institutionen ausgesprochen, da sonst der Bundesregierung die Möglichkeit entzogen würde, die deutschen Agrarmärkte unter eigener Kontrolle zu halten. Der Bauernverband hat unter anderem die Vermeidung von Importen gefordert, die zum Preisdruck für inländische landwirtschaftliche Produkte führen könnten, den Ausgleich von Zollsensungen durch Ausgleich von Mindestpreisen und Abschöpfungen verlangt und die Öffentlichkeit aufgefordert, „eine allgemeine Anhebung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise ins Auge zu fassen“.

### *Unfreundliche Stimmung im Ausland*

Die Berlin-Krise des September sah den Bundeskanzler in *Cadenabbia* und den Außenminister auf einer längeren Dienstreise in Südamerika. So war bei der eigentümlichen Struktur der Entscheidungsbefugnisse, die sich in Bonn entwickelt hat, ein schnelles Reagieren auf die Ostberliner Schikanen nicht möglich. Das war um so bedauerlicher, als auch die Einstellung des befreundeten Auslandes reichlich zurückhaltend, zum Teil sogar recht unfreundlich für die Westdeutschen war. Die großen Blätter in London, Paris, Washington, Amsterdam und Genf erkannten zwar theoretisch den westdeutschen Standpunkt an, bezweifelten aber heftig die Zweckmäßigkeit von Heimat- und Heimkehrertagungen in Berlin, die den Vorwand für das Ostberliner Vorgehen geliefert hatten. „Man muß den Deutschen rechtzeitig die Grenzen zeigen, über die hinaus man ihnen nicht folgen wird“, hieß es da. Es wurde bedauert, daß die westliche Standhaftigkeit in Berlin „für zweifelhafte Ziele ausgenutzt werde“. Ja, es wurde die Frage aufgeworfen, ob denn „der selbstbewußte, wohlhabende und arrogante Fritz niemals etwas lernen“ werde. Durch die Bank war bei allen westlichen Kritikern der Wille deutlich zu spüren, sich nicht mit den deutschen Ansprüchen auf die Rückgabe der Gebiete jenseits von Oder und Neiße zu solidarisieren. In äußerst geschickter Weise nutzte der Osten Vorfälle und laute, unbedachte Äußerungen in Westdeutschland aus, um diese westliche Mißstimmung gegen die Bundesrepublik noch zu schüren. Die Animosität gegen den „Störenfried“ ist wieder einmal groß.

In dieser Situation präsentierte die Zeitung *Guardian* (Manchester) den Vorschlag, das Gebiet West-Berlins gegen ein entsprechendes an der Zonengrenze einzutauschen und die Bevölkerung West-Berlins dorthin zu verpflanzen. Abgesehen davon, daß diese Idee eine Utopie ist, scheint es die Initiatoren auch nicht zu stören, daß darin ein entscheidendes Zurückweichen vor *Chruschtschow* und *Ulbricht*, die Stabilisierung der Zwei-Staaten-Theorie und der Verzicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands liegt.

Die Sowjets ihrerseits möchten die Lage Berlins mit deutscher Hilfe gern so weit treiben, daß die Deutschlandfrage als ein Problem der Gefährdung des Friedens an die Vollversammlung der Vereinten Nationen herangetragen werden kann.

#### Die „Generalsdenkschrift“

Beträchtlich zur allgemeinen Verstimmung des Auslandes gegen die Bundesrepublik beigetragen hat die Veröffentlichung der Denkschrift, in der die Generale des Bundeswehr-Führungsstabes die atomare Bewaffnung der Bundeswehr fordern. Diese Forderung war an sich nichts Neues, hatte sich doch die Bundesregierung schon vor zwei Jahren entsprechende Vollmachten von der Bundestagsmehrheit geben lassen. Neu und allseitig schockierend war aber der zunächst entstehende Eindruck, als ob schon wieder, wie in der Weimarer Zeit, Generale auf die Politik einzuwirken versuchten. Die Bundesregierung versuchte zwar, die Öffentlichkeit glauben zu machen, das Wort „Forderungen“ müsse im Sinne von „Erfordernissen“ („military requirements“) verstanden werden. Aber das machte die Sache eher noch schlimmer, denn in der Denkschrift stand klar zu lesen: „Wenn die Bundeswehr diese militärischen Forderungen stellt —“ und nicht etwa: „... militärischen Erfordernisse feststellt“.

Das Echo des befreundeten Auslandes war katastrophal. „Von dem Tage an, da die Bundeswehr eigenmächtig über Kernwaffen verfügt, ist der dritte Weltkrieg nicht mehr zu vermeiden“, schrieb das großbürgerliche *Allgemein Handelsblad* (Amsterdam). Der Quai d'Orsay äußerte seine Besorgnis über die „Rolle der bewaffneten Macht in der Bundesrepublik“.

Bald stellte sich allerdings heraus, daß die Initiative zu dieser Denkschrift nicht von den Generalen selbst, sondern vom Verteidigungsminister ausgegangen war. Herr *Strauß* hatte die Generale ins Minenfeld vorgeschickt, und die meisten von ihnen waren ergeben genug, das Memorandum zu unterschreiben, nur weil ihnen bekannt war, daß der Minister sich damit identifiziere. Leider machte das die Sache nicht viel besser, als es der ursprünglichen Version entsprochen hätte. Die Generale waren wieder einmal willige Werkzeuge, in diesem Fall offensichtlich bei dem parteipolitischen Unternehmen von *Strauß*, mit dieser Denkschrift die SPD im Wahlkampf zu einem Bekenntnis für oder gegen die atomare Bewaffnung zu zwingen.

Unter dem Druck der Empörung im Ausland beorderte der Bundeskanzler Herrn *Strauß* aus dem Urlaub zu sich nach Bonn und machte ihm offensichtlich einige Vorwürfe. Im übrigen aber stellte sich auch der Kanzler hinter

die Forderungen der Generale, und *Strauß* konnte, als er das Palais Schaumburg verließ, freudestrahlend erklären: „Der Kanzler stimmt mit mir überein.“

#### Im Vorfeld der Bundestagswahl

Daß an der Spitze der sozialdemokratischen Elfermannschaft der Berliner Regierende Bürgermeister *Willy Brandt* steht, ist sowohl im In- wie im befreundeten Ausland mit großer Sympathie aufgenommen worden. Bei der CDU/CSU allerdings hat es Unruhe hervorgerufen und zu neuen Angriffen auf *Brandt* geführt. Die SPD ist nach wie vor sehr optimistisch. Die kommenden Ereignisse werfen insofern auch einen Schatten voraus, als die Sozialdemokraten allein für das Jahr 1960 einen Mitgliederzugang von 45 000 glauben voraussagen zu können. Die SPD stellt, wie die Erklärung *Herbert Wehners* in Hamburg zeigt, immer mehr den Gedanken in den Vordergrund, daß Deutschland ohne eine Partei wie die Sozialdemokratie nicht regiert werden könne. *Willy Brandt* erklärte sogar in *Bad Godesberg*, auch dann, wenn die SPD bei der Bundestagswahl 1961 die absolute Mehrheit erhielte, würde sie sich um eine breite Koalition bemühen.

Andererseits ist in der CDU/CSU der alte Rivalitätsstreit zwischen *Konrad Adenauer* und *Ludwig Erhard* aufs neue entbrannt. Anlaß der neuen Auseinandersetzungen zwischen dem Kanzler und seinem unerwünschten Kronprinzen sollen Bemerkungen sein, die *Erhard* vor Freunden über die Politik *Adenauers* und dessen Methoden im Umgang mit Kabinettsmitgliedern gemacht hat. *Erhard* wirft dem Kanzler vor, daß er während seiner, *Erhards*, Abwesenheit mit Industriellen und Wirtschaftlern über die konjunkturpolitische Lage verhandelt habe. Innerhalb der CDU/CSU werden starke Bedenken dagegen geltend gemacht, daß der Kanzler seinen eigenen Wirtschaftsminister immer wieder in den Augen der Öffentlichkeit brüskiere, und es wird der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß das der Partei nur schaden werde.

Zehn Tage vor diesem neuen Zusammenprall *Adenauers* mit *Erhard* hatte es noch den Anschein gehabt, als ob beide mindestens in der Frage der Konjunkturbeurteilung einig seien. Beide waren bei verschiedenen Gelegenheiten und wie auf Verabredung dagegen zu Felde gezogen, daß „der deutsche Mensch“ alle Maße verloren habe und es nicht verträge, wenn es ihm gut gehe. Es gebe gegenwärtig kaum ein unzufriedeneres Volk als die Deutschen, hatte *Adenauer* hinzugefügt.

Diese verallgemeinernden und unverhohlenen Angriffe auf die breiten Massen hatten im größten Teil der Presse ein schlechtes Echo. Man wehrte sich mit Recht dagegen, daß ausgerechnet in dem Augenblick, in dem die klei-

nen Leute sich anschicken, vom „Wirtschaftswunder“ ihren bescheidenen Anteil zu kassieren und sich einen Kühlschrank oder ein Kleinauto anzuschaffen, die Konjunktur zu ihrem Nachteil gedämpft werden sollte. Es wurde darauf hingewiesen, daß auch heute noch 80 vH aller Erwerbstätigen ein Monatseinkommen unter 600 DM haben.

### *Fernsehen und Kulturhoheit*

Der Streit zwischen Bund und Ländern um das zweite Fernsehen ist insofern in ein neues Stadium getreten, als die der CDU angehörenden Ministerpräsidenten sich auf einen Handel eingelassen haben, auf Grund dessen den Landesrundfunkanstalten — im Tausch gegen ihr Einverständnis mit dem Regierungsfernsehen ab 1. Januar 1961 — die Genehmigung zum Betrieb eines eigenen zweiten Fernsehprogramms ab 1. Januar 1962 gegeben werden soll. Aus den verschiedenen Terminen ist ganz klar ersichtlich, wie sehr es dem Kanzler und seinen CDU-Freunden darauf ankommt, das bundeseigene sogenannte „Freie Fernsehen“ schon für die Bundestagswahl 1961 einzusetzen. Die Zustimmung der CDU-Ministerpräsidenten zu der für die Landesrundfunkanstalten recht beschwerlichen Gebührenteilung ist auch nur so zu erklären.

An der umstrittenen Rechtslage ändert diese CDU-interne Einigung nicht das geringste. Die der SPD angehörenden Ministerpräsidenten haben denn auch beschlossen, ihre Klage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe aufrechtzuerhalten. Sie sind deshalb besonders optimistisch, weil ihnen das Karlsruher Gericht, das außerstande ist, die Entscheidung vor dem 1. Januar 1961 zu fällen, anheimgestellt hat, vorher eine Einstweilige Anordnung gegen die Inbetriebnahme des „Freien Fernsehens“ zum vorgesehenen Termin zu beantragen. Im übrigen soll auch die Industrie außerstande sein, die nötigen Zusatzgeräte, die den Empfang des Freien Fernsehprogramms erst ermöglichen, in auch nur annähernd erforderlichen Mengen zu liefern.

Hatte die Bundesregierung mit der Konstruktion der Fernsehen-GmbH, versucht, die Frage der Rundfunkhoheit durch Privatvertrag zu entscheiden, so scheint sie neuerdings darangehen zu wollen, dieses Problem auf budgetäre Weise zu lösen. Bei den Verhandlungen mit den Ländern über die Förderungs-mittel für die Wissenschaft wurde von der Bundesregierung allen Ernstes das Argument vorgebracht, dadurch, daß der Bund ebenfalls Gelder für die Wissenschaft gebe, finde faktisch eine Verschiebung der Kulturhoheitsverhältnisse statt. Die Ministerpräsidenten haben sofort die Gefahr erkannt, die aus dieser Konstruktion für die Länder erwächst, und haben einhellig den Ministerpräsidenten *Kiesinger* (CDU) beauftragt, dem Bundeskanzler‘

einen Brief zu überreichen, in dem gegen diese Argumentation protestiert wird.

### *Um die Notstandsvorlage*

Allzu forsche Pläne für eine Notstandsgesetzgebung sind inzwischen bei der ersten Lesung eines Gesetzentwurfes der Bundesregierung im Bundestag am 28. September abgelehrt worden. Die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten haben den Regierungsentwurf zurückgewiesen, womit er, da zu seiner Annahme eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, in dieser Form gegenstandslos geworden ist. Die Notwendigkeit einer Notstandsgesetzgebung wird von der Opposition nicht grundsätzlich verneint; sie ergibt sich aus den Verträgen der Alliierten über die Herstellung der Souveränität der Bundesrepublik. Umstritten ist vor allem der *innere* Notstand, von dem die Sozialdemokraten befürchten, daß er auch in Arbeitskonflikten ausgerufen werden könnte. Zu diesen Befürchtungen beigetragen hatte auch eine Äußerung des Bundesinnenministers *Schröder* im Innenausschuß des Bundestages; auf die Frage, was er unter innerem Notstand verstehe, hatte Schröder geantwortet: „Dann lesen Sie doch einmal die Rede, die der Vorsitzende der IG Metall vor einigen Tagen gehalten hat. Dann wissen Sie, was wir darunter verstehen.“ (*Brenner* hatte einen höheren Anteil der Arbeitnehmerschaft am Sozialprodukt gefordert und seinen Willen bekundet, dafür auch mit den zulässigen Mitteln des Arbeitskampfes zu streiten.) Den Vorschlag des Bundesrates, den Streik grundsätzlich aus der Notstandsgesetzgebung auszuklammern, hat die Bundesregierung abgelehnt.

Weiterer Widerstand der Opposition richtete sich dagegen, daß der Notstand, mit dessen Ausrufung das Gesetzgebungsrecht auf die Regierung übertragen wird und verschiedene Grundrechte außer Kraft gesetzt werden, nach der Regierungsvorlage mit einfacher Mehrheit des Parlaments erklärt werden soll. Mit Recht wurde von sozialdemokratischer Seite im Bundestag gesagt, man könne der Regierung nicht mit einfacher Mehrheit mehr Rechte geben, als das Parlament selbst für sich beanspruchen dürfe; man könne also auch nicht das Recht erteilen, mit einfacher Mehrheit Grundrechte außer Kraft zu setzen. Von der Opposition wurde eine Zweidrittelmehrheit als Voraussetzung der Ausrufung des Notstandes verlangt. Da während des Notstandes die Legislaturperiode des Parlaments nicht ablaufen soll, kann nach dem Entwurf praktisch eine einfache Parlamentsmehrheit, nachdem sie unter nichtigem Vorwand den Ausnahmezustand beschlossen hat, sich unbeschränkte Zeit an der Macht halten. Die Opposition hat zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit für den Fall des Notstandes außerdem ein „kleines Notstandsparlament“ verlangt, das die Bundesregierung zu überwachen hätte.

Die Bundesregierung hat alle diese Vorschläge zunächst strikt abgelehnt, und Innenminister Schröder hat davon gesprochen, daß der Entwurf in seinen Grundzügen unverzichtbar sei. Der Minister wurde in der Bundestagsdebatte immer nervöser und ließ sich schließlich zu Zweifeln an der demokratischen Zuverlässigkeit der *Gewerkschaften* hinreißen, die der SPD-Abgeordnete *Arndt* als stärkste Säule der Demokratie bezeichnet hatte. Schröders Verhalten ließ den Verdacht aufkommen, er sei sich darüber im klaren, daß sein Gesetzentwurf keine Aussicht auf Annahme habe, und er lege ihn nur vor, um ihn als „Giftgas für den Wahlkampf“ (Adolf Arndt) gegen die Opposition zu benutzen. Verstärkt wurde diese Vermutung durch den Umstand, daß der Bundeskanzler am Tage zuvor vor der CDU-Fraktion unter Punkt 5 des Wahlprogramms der CDU/CSU das „Beharren auf dem Re-

gierungsentwurf eines Notstandsgesetzes ohne Kompromiß mit der SPD“ genannt hatte.

Inzwischen scheint die CDU/CSU doch taktische Bedenken bekommen zu haben. Sie erklärte sich grundsätzlich bereit, der Bildung eines interfraktionellen Ausschusses zuzustimmen, der einen Kompromiß zustande bringen soll. Zu der Bereitschaft der CDU/CSU mag auch der schlechte Eindruck beigetragen haben, den der Vorschlag des Innenministers Schröder, zur Vereinfachung der Gesetzgebung die erste Lesung im *Bundesrat* zu „überspringen“, gemacht hat. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Dr. *Meyers* (CDU) hat für die nächste Sitzung des Bundesrates dessen Einspruch gegen diesen Vorschlag angekündigt. So ist also einstweilen nicht mit einer raschen Verwirklichung der Schröderschen Projekte zu rechnen.

*Dr. Hans Henrich*